

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0110/2006 öffentlich 08.02.2006	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Ökostrom

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

- a) ab dem 1. Juli 2006 für alle städtischen Einrichtungen einschließlich Kindergärten und Schulen nur noch Strom zu beziehen, der aus regenerativer Erzeugung stammt und
- b) darauf hinzuwirken, dass die Eigenstromerzeugung durch die Stadtwerke Marburg so bald wie möglich auf über 10 % erhöht wird und unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um die Nutzung regenerativer Energien in Marburg weiterhin massiv zu steigern und
- c) darauf hinzuwirken, dass auch die städtischen Tochterunternehmen bei dem Strombezug auf Öko-Strom umsteigen.

Begründung:

Steigende Energiepreise, weltweit wachsende ökologische Probleme durch rasanten Verbrauch fossiler Brennstoffe und globale Konflikte durch Verknappung von Energiereserven zeigen heute stärker denn je die Notwendigkeit einer Energiewende.

Völlig absurd ist es, wenn in dieser Situation der vor Jahren erzielte Konsens zum Ausstieg aus der Atomenergie in Frage gestellt wird. Die Atomenergie hat in den letzten Jahren nichts an ihrer technologischen Unbeherrschbarkeit verloren. Zudem zeigt die aktuelle Debatte um den Iran, dass Atomkraft auch weiterhin das zivile Mittel ist, um an militärisch nutzbares Wissen und Material zu gelangen.

Die Stadt Marburg bezieht seit Jahren von den Stadtwerken für einen Teil des bezogenen Stroms Ökostrom. Angesichts der aktuellen Debatten erscheint es dringend, dass die Stadt Marburg ein Zeichen setzt, und vollständig auf den Bezug von Ökostrom wechselt. Hier sind entsprechende Verhandlungen mit den Stadtwerken unverzüglich zu führen und ein entsprechender Stromlieferungsvertrag abzuschließen.

Ferner müssen die Potentiale lokaler Energieerzeugung weiter ausgebaut werden. Die schnelle Wiederinbetriebnahme des Blockheizkraftwerkes Ortenberg muss ebenso erfolgen wie der weitere verstärkte Ausbau regenerativer Stromerzeugung. Damit kann neben den energiewirtschaftlichen Auswirkungen auch ein Beitrag zur Stärkung des lokalen Arbeitsmarktes im Bereich der Energieerzeugung geleistet werden.

gez. Dietmar Göttling
gez. Dr. Petra Baumann

gez. Uli Severin
gez. Matthias Acker